

Bern, 8. Januar 2018



MEDIENKONFERENZ

REGIERUNGSRATSWAHLEN



Die SP Kanton Bern sowie die Grünen Kanton Bern treten gemeinsam zu den Regierungsratswahlen vom 25. März 2018 an. Mit **Christoph Ammann, Evi Allemann, Christophe Gagnebin** und **Christine Häsler** verfügen sie über ein glaubwürdiges und kompetentes Team.

An der Medienkonferenz wollen die Kandidierenden ihre Motivation für ihre Kandidatur darlegen und die Parteipräsidien die gemeinsame Kampagne vorstellen.

Montag, 8. Januar 2018, 10.00 Uhr

La Werkstatt – Das Haus der Möglichkeiten

Bahnhofstrasse 5, 2502 Biel, Plenum, 5. Stock

An der Medienkonferenz nehmen teil:

- Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern
- Natalie Imboden, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern
- Christophe Gagnebin, Berufsschullehrer / Gemeinderat / Historiker, Regierungsratskandidat
- Evi Allemann, Nationalrätin / Juristin, Regierungsratskandidatin
- Christoph Ammann, Regierungsrat, Regierungsratskandidat
- Christine Häsler, Nationalrätin / Leiterin Kommunikation KWO, Regierungsratskandidatin

Weitere Auskünfte:

- | | |
|---|---------------|
| ▪ Evi Allemann, Regierungsratskandidatin | 079 560 72 94 |
| ▪ Christoph Ammann, Regierungsratskandidat | 079 276 27 48 |
| ▪ Christophe Gagnebin, Regierungsratskandidat | 077 520 48 93 |
| ▪ Christine Häsler, Regierungsratskandidatin | 079 379 47 05 |
| ▪ Natalie Imboden, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern | 079 706 62 84 |
| ▪ Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern | 079 645 61 19 |

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, Grossrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Ein Plan für Bern – statt Abbau und Rückwärtsgang

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie zu unserer Medienkonferenz. Hier in Biel, der grössten zweisprachigen Stadt in der Schweiz, hier in diesem offenen, innovativen und zukunftsweisenden Haus „La Werkstatt“.

Die Werkstatt nennt sich auch Haus der Möglichkeiten. Das passt zu unserer Politik. Wir befassen uns mit der Zukunft. Wir setzen auf Innovation. Während die bürgerlichen Parteien den Kanton kaputtsparen, schaffen wir Möglichkeiten, damit sich der Kanton Bern optimal entwickeln kann. Wir haben Ideen für den Kanton und wollen sie mit und für die Menschen voranbringen. Wir haben einen Plan der Zukunft. Wir wollen investieren statt abbauen, wie es die Rechte tut.

Wir sind heute in Biel, auch weil wir für die Zweisprachigkeit einstehen. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt zeichnet unseren Kanton aus und ist eine wichtige Ressource. Durch die Zweisprachigkeit nimmt der Kanton Bern schweizweit eine Brückenfunktion ein. Wir geben der Minderheit der französisch Sprechenden im Kanton Bern ein hohes Gewicht.

Wir treffen uns hier, am Fusse des Juras, auch weil wir den Jura-Sitz in der Regierung zurückgewinnen wollen mit unserem Kandidaten Christophe Gagnebin. Er ist ein Brückenbauer zwischen den Sprachregionen. Ein Kandidat, tief verwurzelt im Berner Jura, eine Stimme des Volkes, bekannt und geschätzt, der die deutsche Sprache und Kultur sowie den ganzen Kanton Bern sehr gut kennt und liebt.

Wir stellen Ihnen heute unser Ziel, unseren politischen Plan und unsere Kampagne vor. Unser Ziel ist, die Regierungsmehrheit zurückzugewinnen mit vier ausgezeichneten Kandidatinnen und Kandidaten und einem Plan der Zukunft. Denn die Politik der aktuellen Regierungsmehrheit führt in die falsche Richtung: Ihr Motto ist zwar „vorwärts“ – effektiv ist aber das Gegenteil der Fall. Sie haben den Rückwärtsgang eingelegt und fahren blind drauflos. Vieles gerät unter die Räder: Spitex, Unterstützung für Behinderte und Kranke, Schullektionen die der Integration dienen und vieles mehr. Der Flurschaden ist beträchtlich. Ihre Politik ist gegen die Interessen der Menschen und der tragenden Institutionen des Kantons gerichtet und hemmt die Entwicklung, die nötig wäre: Bei der Bildung - unserer wichtigsten Ressource, der sozialen Sicherheit, der Lebensqualität, der Solidarität in der Gesellschaft und zwischen den Regionen.

Die Bilanz der Regierungsmehrheit seit Juli 2016 fällt negativ aus: Kaum im Amt, verschärfte die neue Regierung die Steuerstrategie mit zusätzlichen Unternehmenssteuersenkungen, die Motorfahrzeugsteuern wurden herausgekippt, das Sozialhilfegesetz wurde umgekrempelt – die SKOS-Richtlinien sind nichts mehr Wert. Um Unternehmenssteuersenkungen zu finanzieren, erfolgte ein rigoroses Abbauprogramm bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung, den sozialen Angeboten. Auch die Prämienverbilligungen wurden gesenkt, trotz eines gegenteiligen Volkstentscheids (Referendum 2016) und trotz schweizweit höchster Prämienlast.

Wir treten an mit vier profilierten Kandidatinnen und Kandidaten, alle mit grossem Leistungsausweis und fähig, diesen Kanton in die Zukunft zu führen. 2 Frauen, 2 Männer, so wie es unserer Überzeugung von Gleichstellung entspricht.

Unsere Strategie ist, insbesondere auch den Jura-Sitz zu gewinnen. Wir treten mit Christophe Gagnebin gegen Regierungsrat Pierre Alain Schnegg an, der sonst automatisch gewählt wäre. Wir kritisieren seine Politik des Abbaus scharf. Er führt den Kanton Bern in neoliberaler Manier wie eine Firma: Angestellte, Spitex, Spitäler, Heime oder gemeinnützige Organisationen sind unliebsame Kostenfaktoren, die es abzubauen gilt. Denn in der Welt des Herrn Schnegg kommen bedürftige Menschen nicht vor, oder wenn, dann haben sie es nicht verdient, dass ihnen geholfen wird. Wir kritisieren ebenso die Alleingänge von Regierungsrat Schnegg: Institutionen haben bei ihm kein Mitspracherecht, Fachmeinungen (auch seiner eigenen Ämter) sind nicht gefragt. Ein alarmierendes Zeichen ist die Personalfuktuation, gerade bei Kadermitarbeitenden.

Unsere Politik steht dem diametral gegenüber. Unsere Politik ist eine Politik der Wertschätzung, des Miteinanders. Eine Politik, die investieren will, statt abbauen. Wie wir das tun wollen, erfahren Sie in den nachfolgenden Referaten.

Es gilt das gesprochene Wort.

#PlanfuerBern: Unser Ziel. Unsere Kampagne.

Werte Medienschaffende

Das rotgrüne Bündnis mit unseren vier Kandidatinnen und Kandidaten geht mit einem klaren Plan in diese Regierungswahlen. Denn am 25. März 2018 geht es um eine Weichenstellung, in welche Richtung sich der Kanton Bern entwickelt. SP und Grüne stehen für einen ökologischen und sozialen Kanton Bern ein. Das bürgerliche Menu hingegen ist klar: Abbau, Abbau, Abbau. Die Bürgerlichen bauen massiv öffentliche Leistungen bei der Spitex oder den Behinderten ab. Der Staat soll als Ganzes abgebaut und geschwächt werden. Gleichzeitig werden Steuerergüsse für Grossbetriebe verteilt. Unternehmen bezahlen sollen noch weniger für das Gemeinwesen bezahlen. Bei der Sozialhilfe wird mutwillig gar ein gut eidgenössischer Kompromiss unter den Kantonen (SKOS-Richtlinien) zerstört. Die bürgerliche Mehrheit schliesst damit Menschen, darunter viele Kinder, aus der Gesellschaft aus. SVP-Regierungsrat Schnegg betreibt Abbaupolitik mit der Motorsäge. Diese Abbaulogik grenzt Menschen aus, spaltet die Gesellschaft und zerstört den Kanton.

Mit dem „Plan für Bern. 10 Punkte für den ganzen Kanton“ zeigen wir der Bevölkerung wie wir unseren Kanton voranbringen können. Damit der Kanton Bern stärker wird und die Bevölkerung in einen attraktiven Kanton leben kann, braucht es faire Arbeitsbedingungen und Löhne (1), Investitionen in die Bildung (2) und die Digitalisierung (10) muss den Menschen nützen. Mütter und Väter sollen Beruf und Familie (9) vereinbaren können und es braucht bezahlbare Wohnungen statt Spekulation (8). Wir setzen auf eine lebenswerte Umwelt und sanften Tourismus (7), auf eine nachhaltige Verkehrspolitik, die auf den mit öffentlichem Verkehr und den Langsamverkehr setzt (5) und saubere Energien (3). Zudem stehen wir ein für eine engagierte Sozialpolitik die Armut bekämpft und nicht die Armen (6) und eine gute und effiziente Gesundheitsversorgung (4). Zu jedem der 10 Punkte finden sie auf der Berner Karte Beispiele, die dies illustrieren. Es hat Leuchttürme mit Ausstrahlung über die Kantonsgrenzen darunter, mehrheitlich sind es Institutionen und Projekte, welche vor Ort tagtäglich die Lebensqualität der Bevölkerung ausmachen und verbessern. Wir haben einen Plan für den gesamten Kanton mit seinen vielfältigen Regionen und für die Menschen, die hier leben. Die Einzelheiten werden Ihnen anschliessend die vier Kandidat/innen Evi Allemann, Christoph Ammann, Christophe Gagnebin und Christine Häslar vorstellen.

Tour de Berne - #PlanfuerBern

Informationen zur Kampagne: Neben dem heutigen öffentlichen Auftakt der Kampagne hier in Biel, findet am 17. Januar ein Event mit Unterstützer/innen in der Stadt Bern in der Mahogany Hall stattfinden. Für kulturellen Schwung sorgt dabei Akkordeonist Mario Batkovich. Unsere vier Kandidierenden werden mit dem Plan für Bern in die Regionen bei den Wählerinnen und Wählern unterwegs sein. Diese Tour de Berne startet am 24. Februar hier in Biel und im Berner Jura. Ist am 3. März in Bern, Thun und im Oberland und am 10. März im Oberaargau und im Emmental. Mit dabei haben die KandidatInnen einen süßen Gruss aus Courtlary, einen Würfel mit einem Miniragusa von Chocolats Camille Bloch. Dies zeigt symbolisch für welchen Kanton wir stehen, da diese Schokolade aus dem Berner Jura bestens Berner Qualität, Innovation und Nachhaltigkeit vereint. Wichtiger Bestandteil der Kampagne sind neben Plakaten, die Sie in den Bahnhöfen bereits heute sehen werden, ist der Wahlkampf 2.0 über die sozialen Medien #PlanfuerBern.

Transparente Wahlkampffinanzierung

Die gemeinsame Regierungsrats-Wahlkampf von SP/Grüne hat ein Budget von 260'000 Franken. Der Linienbeitrag pro Kandidat/in beträgt Fr. 20'000. Fr. 120'000 werden von den Parteien beigetragen. Die restlichen 60'000 sollen über Fundraising/Einzelspenden beschafft werden.

Ich gebe das Wort nun als erstes an unseren Kandidaten Christophe Gagnebin. Er ist Historiker, Berufsschullehrer und Gemeinderat in Tramelan und bringt langjährige und reiche politische und berufliche Erfahrungen mit. Als Herausforderer für den Regierungssitz des Berner Juras zeigt er nun auf, welchen Plan er für den Kanton Bern hat.

Weitere Informationen: www.planfuerbern.ch / www.planpourberne.ch

Es gilt das gesprochene Wort.

Fortschritt ist nur dann gut, wenn alle davon profitieren können

Sehr geehrte Damen und Herren

Revolution 4.0, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Algorithmen – Wörter, die lange Zeit nur in Insiderkreisen verwendet wurden und mittlerweile in der Alltagssprache der meisten Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Einzug gehalten haben. Das ist wenig erstaunlich, zumal diese Begriffe Vorboten einer bedeutenden Veränderung und tiefgreifender Umwälzungen sind, die die unterschiedlichsten Bereiche unseres beruflichen, gesellschaftlichen und privaten Lebens erfassen werden.

Sich mit der Veränderung auseinandersetzen, statt sie einfach über sich ergehen zu lassen
Niemand zweifelt heute noch an dieser Veränderung. Es gilt nun, sich darauf vorzubereiten, damit sie wirklich eine Chance sein und für möglichst viele Menschen neue Möglichkeiten eröffnen kann.

Als Historiker weiss ich, dass Phasen des Wandels oft mit schmerzhaften Krisen einhergingen, aber auch mit diffusen Ängsten, die von Demagogen jeglicher Couleur instrumentalisiert wurden, sowie mit verzweifelt anmutenden Versuchen, an einer bereits nicht mehr existierenden Vergangenheit festzuhalten.

Deshalb ist es unerlässlich, dass der Kanton Bern hier mit gutem Beispiel vorangeht. Darüber hinaus muss unbedingt gewährleistet werden, dass möglichst viele Menschen von den neuen Technologien profitieren können. Dies setzt voraus, dass wir den Menschen mehr denn je ins Zentrum des politischen Handelns stellen, dass wir uns noch mehr für die humanistischen Werte stark machen, auf denen unsere demokratischen Gesellschaften beruhen, und unsere persönlichen Freiheiten verteidigen. Es gilt aber wohl vor allem auch, neue Formen des Miteinanders zu finden, die Spaltung der Gesellschaft zu bekämpfen und die bereits offenen Gräben zu überwinden, die sich zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen – je nach Alter, Wohnort oder Bildungsniveau – noch weiter vertiefen könnten.

Ein starker Kanton mit ehrgeizigen Zielen

Wir alle wissen, dass es dazu einen starken Kanton braucht, der sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit verschreibt und zielbewusst folgerichtige Massnahmen einleiten kann. Einen Kanton, der über die notwendigen Ressourcen verfügt, eine gesunde Finanzlage aufweist und auf motivierte Mitarbeitende zählen kann.

Es setzt aber auch voraus, dass die dank der neuen Technologien erzielten hohen Produktivitätssteigerungen vorwiegend den Bürgerinnen und Bürgern, den Arbeitnehmenden und den Konsumentinnen und Konsumenten zugutekommen.

Wir verfügen über erfolgreiche Forschungsinstitute, Technologieparks und andere Einrichtungen, die den unerlässlichen Technologietransfer sicherstellen können. Die Herausforderung besteht jedoch darin, dafür zu sorgen, dass die im Kanton Bern ansässigen Firmen, insbesondere die vielen KMUs, Zugang zu diesen neuen Technologien haben und mit ihnen umgehen können. Natürlich benötigen dieselben Unternehmen auch hochqualifizierte Mitarbeitende. Bei der Berufsbildung muss daher ein Spitzenniveau angestrebt werden, und sie muss eine attraktive Alternative zur akademischen Laufbahn bieten. Arbeitnehmende aller Einkommensstufen, die bereits lange im Arbeitsmarkt sind, müssen Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten haben.

Bildung war nie wichtiger

Die **Schule** spielt somit eine entscheidende Rolle. Die Bemühungen sicherzustellen, dass die Arbeitnehmenden von morgen mit den neuen technischen Hilfsmitteln umgehen können, müssen verstärkt werden. Die Schule muss aber auch ein Ort bleiben, wo **das Miteinander gefördert** wird, ein Ort mit integrativem Charakter, an dem sich jedes Kind frei von normativer Selektion in seinem eigenen Tempo entwickeln kann. Vor allem aber – und das ist heute wichtiger denn je – muss sie in Bezug auf diese neuen Technologien den Kindern das nötige Rüstzeug vermitteln, um sich **kritisch** mit der Welt der Medien, der Wirtschaft und der Technologie **auseinandersetzen** zu können. Insbesondere in Anbetracht einer drohenden «Berlusconisierung» und «Blochisierung» der Medienlandschaft ist die Schule mehr als je zuvor Hüterin unserer Werte der Aufklärung, die einige auf dem Altar der kurzfristigen Rentabilität opfern wollen. Schliesslich ist die Schule der Ort, wo man auf die Begegnung mit dem Anderen in all seinen zahlreichen Facetten vorbereitet wird, was insbesondere – kantonale Zweisprachigkeit verpflichtet – eine weitere Förderung **des Unterrichts der zweiten Kantonssprache** bedeutet.

Die Produktivitätssteigerungen sinnvoll nutzen

Und wie ich bereits sagte, müssen die sich abzeichnenden Umwälzungen möglichst vielen Menschen Perspektiven bieten. Hierzu einige **Beispiele**:

Im **Gesundheitsbereich** werden die neuen Technologien präzisere Eingriffe, eine umfassendere Pflege sowie eine bessere Überwachung der Patientinnen und Patienten ermöglichen. Dank

ihnen sollen sich Letztere aber auch aktiv in ihre Behandlung einbringen können und dabei nicht nur passives Objekt sein. Sie müssen deren Position angesichts der bei den Krankenkassen herrschenden Intransparenz stärken statt schwächen. Und vor allem dürfen sie nicht zu einer Entmenschlichung der Medizin führen, denn die zwischenmenschlichen Beziehungen und die Möglichkeit, über seine Schmerzen und Ängste sprechen zu können, sind von grosser Bedeutung für den Heilungsprozess. Statt das Pflegepersonal mit einer Flut von Verfahrensregeln und Verwaltungsrichtlinien im Namen einer Pseudoeffizienz zu erdrücken, müssen die neuen Technologien dazu beitragen, dass die notwendige Zeit zur Verfügung steht, um die Patientinnen und Patienten begleiten und auf sie eingehen zu können.

Im Bereich des **öffentlichen Verkehrs** – an den Bahnhöfen sowie in den Zügen und Bussen – müssen die Produktivitätssteigerungen sowohl im Hinblick auf Quantität wie auch Kundenfreundlichkeit, Komfort und Sicherheit ein besseres Angebot ermöglichen.

Ferner muss auf dem **Arbeitsmarkt** der Kampf gegen das Lohn- und Sozialdumping verstärkt werden, um zu verhindern, dass die Gewinne aus den Produktivitätssteigerungen in die Taschen von wenigen fliessen und gleichzeitig Löhne und Sozialwerke unter einen unzumutbaren Druck geraten. Die neuen Technologien eröffnen zweifellos viele Möglichkeiten: so zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und endlich eine wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau, die Integration benachteiligter Jugendlicher und von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt oder auch eine Aufwertung der Arbeit pflegender Angehöriger. Unerlässlich ist allerdings, dass am Arbeitsmarkt klare Regeln gelten und man hier nicht einem ausser Rand und Band geratenen Ultraliberalismus das Feld überlässt.

Mittelfristig wird uns die Digitalisierung zweifelsohne zu einem Umdenken hinsichtlich unseres Verhältnisses zu Arbeit und Einkommen zwingen. Auch in diesem Bereich braucht es ganz neue und innovative Umverteilungsmechanismen und gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass sich jeder und jede innerhalb der Gesellschaft gebraucht fühlt und attraktive Zukunftsperspektiven hat. Denn Fortschritt ist nur dann gut, wenn alle davon profitieren können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Wohnen, Verkehr und Energie

Sehr geehrte Damen und Herren

Meine Aufgabe ist es, Ihnen ein paar Überlegungen zu den Themen Wohnen, Verkehr und Energie mitzugeben.

Die drei Themen haben einen engen inneren Zusammenhang. Ich sage oft: Die verkehrspolitischen Herausforderungen sind nicht alleine mit Verkehrspolitik zu lösen. Um die Verkehrswege zu verkürzen und einen Teil des Verkehrswachstums aufzufangen, braucht es eine Siedlungs- und Wohnpolitik, die dort bezahlbaren und attraktiven Wohnraum fördert, wo Arbeitsplätze bestehen oder im Begriff sind, neu zu entstehen. Und die Energiewende, welche sowohl auf Bundesebene mit der Energiestrategie 2050 und auf kantonaler Ebene mit der kantonalen Energiestrategie beschlossen ist, kann nur dann volle Wirksamkeit entfalten, wenn es gelingt, auch im Verkehrsbereich eine Wende hinzukriegen. Schaffen wir die ökologische Verkehrswende nicht, misslingt auch die Energiewende. Denn rund 40% des CO₂-Ausstosses wird im Verkehr verursacht. Um vorhandene Kapazitäten besser auszulasten, ist die Digitalisierung als Chance zu nutzen. Intelligente technische Lösungen statt neuer Asphalt und Beton muss das Motto sein. Zudem macht die Wechselwirkung von Verkehr, Raumplanung und Wohnbaupolitik eine ganzheitliche Verkehrspolitik notwendig, die auf alle Verkehrsträger abstellt und Verkehrslösungen nie isoliert betrachtet. Das Potenzial unserer Verkehrsinfrastrukturen kann sich nur durch ein Zusammenspiel zwischen Schiene und Strasse voll entfalten.

Wohnen muss bezahlbar sein

Bezahlbarer Wohnraum fehlt leider vielerorts – sowohl in den Städten als auch in grössere Agglomerationsgemeinden. Leider hat der Kanton Bern sein Engagement für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum jüngst gänzlich eingestellt. Mit gezielten Massnahmen wäre einiges erreichbar, dafür setzen wir uns ein: für die Förderung von gemeinnützigen Wohnbauträgern, etwa mittels Abgabe von Land im Baurecht oder speziellen Zonen für preisgünstigen Wohnraum.

Öffentlichen Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr gezielt fördern

Der Verkehr muss so nachhaltig wie möglich ausgestaltet werden. Es braucht eine weitere Förderung des öffentlichen Verkehrs, damit alle Regionen gut erschlossen sind. Kleinräumig muss

der öffentliche Verkehr durch ein attraktives und sicheres Fuss- und Velowegnetz ergänzt werden. Es ist richtig, auf eine gesamtheitliche, verkehrsträgerübergreifende Planung zu setzen, so wie es heute erfolgreich im Rahmen der Agglomerationsprogramme getan wird. Das prognostizierte Wachstum der Mobilität ist immens: Sowohl im motorisierten Individualverkehr als auch im öffentlichen Verkehr wird die Verkehrsleistung Prognosen zufolge auf Strasse und Schiene bis 2030 insgesamt um rund einen Viertel wachsen. Das liegt unter anderem am hohen Wohlstand, am Bevölkerungswachstum und an der zunehmenden Trennung von Wohn- und Arbeitsort. Für die bestehenden Infrastrukturen, aber auch für die Umwelt ist dies nur schwer verkraftbar. Deshalb gilt es, weder beim öV noch beim Individualverkehr einseitig auf Ausbau zusetzen, sondern mit geeigneten Massnahmen die bestehenden Kapazitäten möglichst optimal zu nutzen. Das gelingt unter anderem auch mit Massnahmen, die nicht in der Verkehrspolitik angesiedelt sind: mit der Förderung von Home Office, flexiblen Arbeitszeitmodellen oder mit der Anpassung von Unterrichtzeiten, so dass die Spitzenzeiten geglättet und der Verkehr besser verteilt werden kann.

Saubere Energie zahlt sich aus

Der Kanton Bern hat in den nächsten Jahren mit der Stilllegung des AKW Mühleberg eine Herkulesaufgabe zu bewältigen und nimmt dafür eine Pionierrolle in der Schweiz ein. Die Weichen sind auf Erneuerbare gestellt, aber energiepolitisch und wirtschaftlich fruchtbar wird dies nur, wenn die Politik mutig Innovationen fördert statt behindert und die Vorteile von Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme oder Effizienz voll ausschöpft. Der Kanton Bern soll mit Leuchtturmprojekten für Cleantech und Erneuerbare voranschreiten und Arbeitsplätze schaffen bzw. langfristig sichern. Gerade die Wasserkraft ist für den Kanton Bern eine grosse Chance; aber auch Windenergieprojekte wie etwa im Berner Jura gilt es zu fördern. Bei der Solarenergie sollen die BKW wie auch die lokalen Energieunternehmen eine Vorreiterrolle einnehmen und privates Engagement unterstützen. Gerade in landwirtschaftlichen Betrieben gibt es hierzu grosses Potenzial.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Wirtschaft und Arbeit im Kanton Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wenn ich nur fünf Minuten habe um mich zu den Themen Wirtschaft und Arbeit zu äussern, dann ist das fast unlösbar für den aktuellen Volkswirtschaftsdirektor dieses Kantons. Ich akzeptiere aber die Herausforderung und spreche kurz zu zwei Schlüsselbegriffen. Zuerst zum Arbeitsmarkt:

1. Arbeitsmarkt

Das ist der wichtigste Markt unserer Volkswirtschaft. Wir haben hier klare Stärken, zu denen wir Sorge tragen müssen:

- Sorge tragen zu unserer vorbildlichen Sozialpartnerschaft, die auch in wirtschaftlich schwierigen Situationen wie in den vergangenen Jahren hervorragend funktioniert hat.
- Sorge tragen zu unserem leistungsfähigen dualen Bildungssystem, das zu einer hohen Integrationsfähigkeit der Abgängerinnen und Abgänger in den Arbeitsmarkt führt.
- Und Sorge tragen auf nationaler Ebene zur Offenheit der Märkte und auch des Arbeitsmarktes. Auch über die Landesgrenze hinaus. Was heisst das konkret in der politischen Arbeit:

Zum letzten Punkt: Es braucht etwa Augenmass bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Ich denke dabei auf der einen Seite an die Vorgabe des Bundes und an den Volkssentscheid, Stellensuchenden aus dem Inland eine gute Ausgangslage zu schaffen. Ich denke aber auch an den Aufwand – für die Unternehmen, aber auch für die Verwaltung.

Es braucht gut ausgebildete Arbeitnehmende, damit ist das Thema Bildung angesprochen.

Sie sind die Voraussetzung dafür, dass sich Unternehmen weiterentwickeln können, dass bei Neuansiedlungen der Kanton Bern als Standort gewählt wird und so neue Arbeitsplätze entstehen.

Es braucht exzellente Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote mit Blick auf die Herausforderungen des digitalen Zeitalters.

Und es braucht leistungsfähige Regionale Arbeitsvermittlungszentren, die bei Arbeitslosigkeit eine rasche Rückkehr in den Arbeitsprozess ermöglichen.

Es braucht ebenso attraktive Arbeitsbedingungen. In diesem Zusammenhang: Arbeit muss fair entlohnt werden.

Der Untervertretung der Frauen in Kaderpositionen und in Aufsichtsgremien ist genauso zu entgegen zu wirken wie der Übervertretung von Frauen im Billiglohnsektor.

Zu den Rahmenbedingungen gehören zwingend auch Anstrengungen zur Verbesserung der Gleichstellung: Bei der Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beim Abbau von geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden und bei der Chancengleichheit in der Bildung. Speziell zu erwähnen in diesem Zusammenhang ist eine Risikogruppe, auf denen ein besonderes Augenmerk liegen muss: junge Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene.

2. Innovation

Wir wissen alle: Die topografischen Voraussetzungen sind eine Herausforderung für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Bern.

Die Lösungen heissen „Stärken fördern in allen Regionen“ und auf die Karte Innovation zu setzen. Projekte wie der nationale Innovationspark in Biel/Bienne, das nationale Zentrum für Translation und Unternehmertum in der Medizin sitem-insel in Bern oder der ETH-Forschungsstandort EMPA Thun spielen dabei eine Schlüsselrolle. Ihr Potenzial muss voll ausgeschöpft werden.

Weiter braucht es Investitionen in die Forschung, braucht es Demonstrations- und Testumgebungen wie die Swiss Smart Factory in Ipsach.

Dank Innovation, dank der Digitalisierung werden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Technologisch Entwicklungen wie die Digitalisierung und Industrie 4.0-Lösungen bringen Chancen, aber auch Risiken mit sich. Der Kanton steht daher nicht nur in der Pflicht, dass Chancen und Potenziale genutzt und gefördert werden. Er steht auch in der Pflicht, dass es keine Verlierer der 4. industriellen Revolution gibt.

Damit ist noch einmal das Thema Bildung angesprochen, aber auch die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton mit seinen staatlichen Angeboten und den Unternehmen mit ihrer sozialen Verantwortung.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Es gilt das gesprochene Wort.

Plan für Bern: Gesund. Sozial. Integriert. Gleichberechtigt.

Sehr geehrte Damen und Herren

Die „Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“, so steht es in der Präambel der Bundesverfassung. Das darf keine Floskel sein, es ist als politischer Auftrag zu verstehen. Will eine Gesellschaft stark sein, muss sie ihre sogenannten „schwächeren“ Mitglieder nicht verwalten, sondern stärken, fördern und integrieren.

Integration: Armut statt Arme bekämpfen

Erlauben Sie mir einen persönlichen Einstieg, bevor ich auf einzelne Aspekte unseres sozialen und integrierenden „Plans für Bern“ zu sprechen komme. Als langjährige Grossrätin war ich dabei, als das Behindertenkonzept und der Behindertenbericht praktisch einstimmig vom Grossen Rat gutgeheissen wurden. Darin ist eine kostenneutrale Umsetzung festgehalten und zusätzlich wurde der finanzielle Mehrbedarf aus der demographischen Entwicklung einbezogen. Das Entlastungspaket vom November 2017 trifft nun aber den Behindertenbereich_übermässig stark. Menschen mit einer Beeinträchtigung, die in einer Institution leben oder arbeiten bzw. eine Sonderschule besuchen, machen rund ein Prozent der Berner Bevölkerung aus. Dieses eine Prozent sind auch jene Menschen, die sich selber schlecht oder nicht vertreten können, und dieses eine Prozent muss nun 12 Prozent des Entlastungspakets tragen. Das Behindertenkonzept sollte den Betroffenen möglichst viel Eigenständigkeit, gute Förderung und Betreuung ermöglichen. Wie wichtig Integration und Inklusion sind, das weiss ich etwa als langjährige Präsidentin der Stiftung Bad Heustrich, die Menschen mit einer Lernschwäche oder einer kognitiven Beeinträchtigung Berufsausbildungen ermöglicht.

Teilhabe für alle und Integration sind mein und unser Credo in der Sozialpolitik. Deshalb hat mich der Entscheid des Grossen Rates gefreut – trotz Sparauftrag – weiter den Ansatz „Stipendien statt Sozialhilfe“ zu verfolgen und armutsbetroffenen Jugendlichen den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Denn: Jedes achte Kind ist von Armut betroffen oder bedroht. Das ist schlicht ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft müssen gemeinsam handeln und investieren, um die Ursachen von Armut zu bekämpfen. Da ist Bildung zentral und weit zielführender, als die Armutsbetroffenen mit Kürzungen ihres Grundbedarfes zu bestrafen.

Gute Gesundheitsversorgung für Stadt und Land

Als Oberländerin weiss und erlebe ich, wie wichtig eine gute, dezentrale Gesundheitsversorgung ist. Das braucht vor allem eine sinnvolle Verknüpfung von ambulanter und stationärer Versorgung. Also ein integriertes Netz von gut qualifizierten und gut bezahlten Pflegefachleuten in der Spitex über Hausärzt/innen und Hebammen bis hin zur Spitzenmedizin im Berner Inselspital. Was medizinische Grundversorgung in der Praxis heisst, erlebe ich in meinem Engagement als Verwaltungsratspräsidentin des Ärzteentrums Oberhasli AG.

Eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung hat ihren Preis. Solange die Kosten für die Gesundheitsversorgung mit Kopfprämien (unabhängig vom Einkommen) finanziert werden, braucht es faire Prämienvergünstigungen. Dass angesichts der Senkungen in verschiedenen Kantonen – Negativbeispiel ist leider der Kanton Bern – Handlungsbedarf besteht, hat im Dezember 2017 auch der Bundesrat erkannt. Er empfahl den Vorstoss „Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen verbessern und vereinheitlichen“ (17.3877) zur Annahme. Ausgleich wird in der nächsten Legislatur zentral sein, damit die Haushalte die Gesundheitskosten tragen können.

Vereinbarkeit Familie und Beruf: Eltern die Erwerbsarbeit erleichtern

Beim Thema Tagesschulen soll der Kanton Bern seine Vorreiterrolle weiterführen. Innert sechs Jahren wurde die Anzahl betreuter Kinder in Tagesschulen von knapp 11'000 im Schuljahr 2010/2011 auf über 16'000 Kinder (2016/2017) erhöht. Das Berner Erfolgsmodell des Bildungsdirektors Bernhard Pulver hat einen mehrfachen Nutzen. Es stärkt die Kindern in ihrer Förderung, erleichtert den Eltern die Erwerbsarbeit und lohnt sich auch volkswirtschaftlich. Tagesschulen zahlen sich aus! Um die Vereinbarkeit und die Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, braucht es neben guter und bezahlbarer Kinderbetreuung aber auch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle. Die Verwaltung hat eine Vorbildfunktion, aber es braucht zwingend auch die aktive Rolle der Privatwirtschaft, wenn es um Vaterschaftsurlaub oder die Vertretung von Frauen in Chefetagen geht.

Eine Gesellschaft, die auf Solidarität zwischen sogenannten Starken und vermeintlich Schwachen, zwischen Generationen, Kulturen und Regionen setzt, kann viel erreichen. Integration von Menschen mit einer Behinderung in allen Lebensbereichen. Toleranz gegenüber anderen Kulturen. Neue Lebensformen und Arbeitsmodelle, Zusammenhalt zwischen den Generationen und Erhalt unserer Sozialwerke – all dies sichert uns die Chance, als Gesellschaft stark zu sein.

**Gemeinsam setzen wir uns für einen leistungsstarken Kanton Bern ein,
der ein sozialer Kanton und ein Kanton ohne Armut sein soll**

Medienmitteilung SP Kanton Bern und Grüne Kanton Bern

Biel/Bienne, 8. Januar 2018

Medienkonferenz Regierungsratswahlen



DER PLAN FÜR BERN

Die SP Kanton Bern und die Grünen Kanton Bern präsentierten an der heutigen Medienkonferenz in Biel/Bienne ihre Kandidierenden Evi Allemann, Christoph Ammann, Christophe Gagnebin und Christine Häsler sowie ihre Kampagne für die Regierungsratswahlen vom 25. März 2018. Die beiden rotgrünen Parteien wollen mit diesem starken Team die Mehrheit im Berner Regierungsrat zurückholen.

Die vier rotgrünen Regierungsratskandidierenden Evi Allemann, Christoph Ammann, Christophe Gagnebin und Christine Häsler stellten sich den Medien vor und erläuterten ihre Motivation für ihre Kandidatur. SP-Parteipräsidentin Ursula Marti und die grüne Co-Parteipräsidentin Natalie Imboden präsentierten die inhaltliche Kampagne für die Regierungsratswahlen. Während die bürgerlichen Parteien mit ihrer Abbaupolitik den Rückwärtsgang eingelegt haben, präsentieren die beiden rotgrünen Parteien einen vorwärts gerichteten «Plan für Bern». Mit dem 10-Punkte-Plan zeigen sie anhand von Beispielen aus allen Regionen auf, wie sie den Kanton Bern gestalten wollen. Alle Menschen sollen sich auf ein sicheres Sozialnetz und eine gute Gesundheitsversorgung verlassen können. Dank gezielten Investitionen in Innovation und Forschung wird der Wirtschaftsstandort Bern gestärkt. Der öffentliche Verkehr und erneuerbare Energien sollen gefördert werden. Und mit einer guten Bildung erhalten alle bessere Chancen für die Zukunft. Mit diesem Programm will «Plan für Bern» bei den Wahlen die Mehrheit im Regierungsrat wieder zurückerobern.

Christophe Gagnebin, Gemeinderat und Berufsschullehrer aus Tramelan, präsentierte sich als Alternative für den garantierten Berner Jura Sitz. Besonders wichtig ist ihm der sorgfältige Umgang mit Digitalisierung: «Wir müssen die Menschen auf die Revolution 4.0 gut vorbereiten. Gerade in Regionen mit vielen Industriearbeitsplätzen wie dem Berner Jura braucht es flankierende Massnahmen zur stetig zunehmenden Digitalisierung.»

Nationalrätin Evi Allemann aus Bern betonte den Ausgleich zwischen Stadt und Land. Der Kanton Bern könne nur vorwärtskommen, wenn alle am gleichen Strick ziehen: «Gerade mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs bringen wir Städte, Agglomerationsgemeinden und Landgebiete näher

zueinander. Deshalb braucht es sinnvolle Projekte für alle Regionen wie etwa das Tram Bern-Ostermündigen oder den Ausbau des Lötschbergbasistunnels.

Der amtierende Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann möchte sich weiterhin für einen starken Wirtschaftsstandort Bern einsetzen: «Dank Projekten wie dem nationalen Innovationspark in Biel/Bienne, sitem-Insel in Bern oder der Swiss Smart Factory in Ipsach kann der Kanton Bern neue Arbeitsplätze schaffen. Weitere Trümpfe müssen gut ausgebildete Arbeitnehmende und eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein.»

Die grüne Grindelwaldner Nationalrätin Christine Häsler hob die Gesundheitsversorgung und ein sicheres Sozialnetz hervor: «Gerade als Vertreterin einer Bergregion ist es mir wichtig, dass alle Menschen Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung via Spitex oder einem Gesundheitszentrum haben. Weiter möchte ich mich für jene Menschen einsetzen, die nicht so viel Glück im Leben haben. Wir müssen die Armut bekämpfen – nicht die Armen!»

Weitere Auskünfte:

Evi Allemann, Regierungsratskandidatin	079 560 72 94
Christoph Ammann, Regierungsratskandidat	079 276 27 48
Christophe Gagnebin, Regierungsratskandidat	077 520 48 93
Christine Häsler, Regierungsratskandidatin	079 379 47 05
Natalie Imboden, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern	079 706 62 84
Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern	079 645 61 19